

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 21. Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiern heute Frau **Elisabeth Veldhues** von der Fraktion der SPD – liebe Frau Veldhues, herzlichen Glückwunsch! –

(Allgemeiner Beifall)

und Herr **Stefan Wiedon** von der Fraktion der CDU. Lieber Herr Kollege Wiedon, auch Ihnen herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte zur **Tagesordnung** ich auf Folgendes hinweisen: Die Landesregierung hat als neuen Punkt 2 unserer heutigen Tagesordnung eine Unterrichtung angemeldet zum Thema „Konsequenzen der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vom 18. Januar 2011 in dem verfassungsgerichtlichen Verfahren betreffend das Nachtragshaushaltsgesetz 2010“. Eine Aussprache über die Unterrichtung durch den Finanzminister ist entsprechend § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung vorgesehen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein:

1 Dioxin in Futter- und Lebensmitteln – Aktueller Sachstand und Konsequenzen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1140

Der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 11. Januar 2011 mitgeteilt, dass die Landesregierung eine Unterrichtung zu dem genannten Thema beabsichtigt.

Die Unterrichtung erfolgt durch den Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Ich erteile Herrn Minister Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, gestern gab es ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliges Ereignis:

(Zurufe von der CDU)

eine gemeinsame Tagung aller Verbraucherministerinnen und -minister und aller Agrarministerinnen und -minister zusammen mit der Bundesverbraucherschutzministerin. Das wirklich Einmalige daran ist, dass wir uns auf ein gemeinsames Ergebnis haben verständigen können. Seit gestern kann man sagen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch die Landwirte wieder Boden unter den Füßen haben und dass es eine Perspektive gibt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist ein Erfolg für den Verbraucherschutz. Wenn man die Debatte der letzten 20 Jahre zu diesem Thema – insbesondere im Futtermittelbereich – verfolgt, dann kann man sagen: Wird das umgesetzt, was wir gestern beschlossen haben – der Auftrag lautet ja, es umzusetzen –, ist das ein Quantensprung für das Futtermittelrecht, für das Lebensmittelrecht und auch für das Verbraucherinformationsrecht.

Wir können mit Fug und Recht sagen, dass die Landesregierung mit ihrer offensiven Haltung, mit ihrem offensiven Handeln richtig gelegen hat und dass wir mit unseren Vorschlägen entscheidend zur Vorlage der gestern gefassten Beschlüsse beigetragen haben.

„Ein Ei gleicht dem anderen“ heißt es. Aber in den vergangenen Wochen konnten wir uns dessen nicht immer sicher sein. Dioxine in Eiern haben Verbraucherinnen und Verbraucher zutiefst verunsichert. Das ist eine der dramatischsten Folgen dieses Skandals, der uns seit vier Wochen fest im Griff hat, ein neuerlicher Vertrauensverlust der Menschen in die Produktion unserer Lebensmittel. Viele Menschen stellen sich folgende Fragen: Verdienen unsere Lebensmittel den Namen eigentlich noch? Was steht denn für das Leben in den Lebensmitteln? Oder steht das Leben in den Lebensmitteln eigentlich noch?

Seit dem 23. Dezember sind Bauernhöfe im Land gesperrt. Auch jetzt gibt es immer noch Betriebe, die keine Tiere zur Schlachtung abgeben dürfen. 44 Höfe sind landesweit noch immer gesperrt. Insgesamt waren in unserem Land 268 Bauernhöfe betroffen, weil sie Futtermittel erhalten haben, in die belastete Fette eingemischt waren. Der größte Teil des belasteten Futters kam direkt von Herstellern aus Niedersachsen.

Erfreulich ist, dass bei bisher nur drei Betrieben Überschreitungen der Grenzwerte festgestellt wur-